

**Eva-Maria u.
Hans Dietrich**

E. u. H. Dietrich · Julius-Leber-Straße 2 · 33332 Gütersloh

Einschreiben
FDP - Präsidium
Thomas – Dehler – Haus
Reinhardtstraße 14

Julius-Leber-Str. 2
33332 Gütersloh
Tel.: 05241/55803
Fax: 05241/9975313
E-Mail:
hd.base@gmx.net
Internet:
www.hansdietrich.de

10117 Berlin

25.06.2010

Offener Brief zum Thema „Leistung muss sich lohnen“!

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit dem Motto „Leistung muss sich lohnen“ ist Ihre Partei vor den letzten Wahlen immer angetreten.

Herr Biesel versicherte uns sogar in seinem Antwortschreiben vom 23.05.2008 (Anl. 1) auf unsere Briefe vom 07.04.2008 **und** vom 19.05.2008, „dass die Freien Demokraten auch in Zukunft dafür kämpfen werden, dass für unser Land gilt: `Leistung muss sich lohnen`“

Von diesem Kampf haben wir bis zum heutigen Tag noch nichts gespürt. Im Gegenteil. Die unsererseits erbrachte Leistung, die Sie aus dem Offenen Brief an den Geschäftsführenden Gesellschafter der Firma Miele, Herrn Dr. Markus Miele, (Anl. 2) detaillierter entnehmen können, wurde und wird noch immer mit allen zur Verfügung stehenden – auch widerrechtlichen – Mitteln selbst von staatlicher Seite bekämpft. So versucht man, Wirtschaftskriminalität und Parteiverrat mit Rechtsbeugung zu vertuschen. Und die Hinhalte-, Verzögerungs-, und Verschiebetaktiken deuten nicht darauf hin, dass eine rechtsstaatliche Lösung angestrebt wird.

Für uns ist es zum Beispiel nicht nachvollziehbar, weshalb die Ihrem Präsidium angehörende Bundesjustizministerin, Frau Leutheusser-Schnarrenberger, nichts unternommen hat, als sie nach ihrer Amtsübernahme von uns erstmalig am 11.01.2010 über die in ihrem Verantwortungsbereich liegende Wirtschaftskriminalität erfuhr. Immerhin ist das Deutsche Patent- und Markenamt daran beteiligt. Das Schreiben war ihr nach eigener Aussage bekannt (Anl. 3).

Warum hat sie zu diesem Zeitpunkt nicht eingegriffen und die bis dahin erfolgte, rechtswidrige Behandlung des Bundesjustizministeriums, die ihre Vorgängerin, Frau Zypries (SPD) zu verantworten hatte, beendet?

Trägt sie etwa die vor ihrem Amtsantritt getroffenen und vertuschenden Entscheidungen des Ministeriums, die zu unserer Petition vom 02. und 10.06.2009 beim Deutschen

Bundestag führten, mit? Wenn nicht, so stellt sich für uns die Frage: Warum gibt es dann noch keine entsprechende Erklärung gegenüber dem Petitionsausschuss?

Aufgrund dieser Sachlage dürfen seit 15 Jahren noch immer die an den wirtschaftskriminellen Machenschaften Beteiligten, zu denen die Firma Miele, das Bielefelder Büro der Patentanwälte Ter Meer – Müller – Steinmeister & Partner und, wie erwähnt, das Deutsche Patent- und Markenamt zählen, ihre Straftaten mit staatlicher Duldung pflegen. Folglich ist die einzige Leistung, die sich bisher hier gelohnt hat, die **kriminelle**. Es wäre kein Wunder, wenn sich andere daran ein Beispiel nähmen. Soll so etwas Bestand haben?

Wir können diese Art jedenfalls nicht mit den Regeln und Werten, die in diesem Staat seit nunmehr über 60 Jahren gelten sollen, in Einklang bringen. Und deshalb bleiben wir bei unserem Ihnen am 19.05.2008 mitgeteilten Eindruck, dass dem Kapital der Firma Miele bis heute insbesondere in Nordrhein-Westfalen Priorität gegenüber unserer Verfassung eingeräumt wird. In seinem Antwortschreiben vom 23.06.2008 (Anl. 4) wies Herr Metzner diesen Eindruck zwar zurück, doch dann fragen wir, ob die FDP etwa die beigefügten Vorgänge – Petition und Klage – (Anl. 5 und 6) als rechtmäßig ansieht.

Muss man sich etwa als Petent in diesem Staat verhöhnen und verschaukeln lassen? Oder ist es rechtens, dass ein Kläger vor Gericht von der Richterin genötigt wird?

Die FDP „tritt“ nach der Aussage von Herrn Metzner vom 09.07.2008 (Anl. 7) „für einen starken Rechtsstaat ...“, indem jeder Bürger gleiche Rechte hat und selbstverständlich die Verfassung unverletzlich ist“, ein. „Dafür“ will sie sogar „auch in Zukunft streiten.“ Aber warum sollen wir uns dann nach „Menschen in“ unserem „persönlichen Umfeld“ umschauen, „die“ uns „dabei helfen können“, „für“ unser „persönliches und berufliches Glück zu kämpfen“? Herr Biesel hat uns diese Menschen jedenfalls am 23.05.2008 „wirklich von Herzen“ gewünscht.

Sollen wir das als Aufruf verstehen?

Sollen andere als die, die sich beruflich dazu verpflichtet haben, das Rechtsgut in diesem Staat zu schützen, diese Aufgabe übernehmen? Sollen wir das als Eingeständnis werten, dass der Rechtsstaat hier bisher versagt hat?

Käme dies nicht einer Bankrotterklärung gleich?

An dieser Stelle wollen wir nicht verschweigen, dass neben der moralischen Unterstützung aus dem persönlichen Umfeld bislang nur ein ehemaliger Gütersloher Rats Herr vom Bündnis 90/Die Grünen bereit war, uns **ehrlich** zu helfen. In seinem Brief vom 05.01.2000 an den damaligen NRW-Justizminister, Herrn Dieckmann (SPD), in dem auch die Bitte um Antwort an uns formuliert war, schrieb er u.a.:

„Dabei erscheint es mir nicht auszureichen, lediglich Herrn Dietrichs Bitte nach `Überprüfung` der o.a. Anzeige nachzukommen. Sondern es erscheint mir erforderlich zu sein, daß sich Ihr Haus einmal umfassend mit der gesamten Angelegenheit auseinandersetzt, die Herrn Dietrich letztlich zu der o.a. Anzeige gegen den Oberstaatsanwalt bewogen haben.“

In voller Kenntnis der Vorgänge war die Antwort des Justizministers u.a.: „Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass ich bei dieser Sachlage keinen Anlass sehe, Herrn Dietrich zu antworten oder in dieser Angelegenheit sonst weiter tätig zu werden.“

Wenn der augenblickliche Zustand weiterhin Bestand hätte, wenn also geistiges Eigentum derart ungeschützt bliebe und der Staat/Patentamt trotz erhaltener Gebühr den Schutz **nicht gewährleisten will**, dann hätte das auch Auswirkungen auf den Innovationsstandort Deutschland. Wir möchten in diesem Zusammenhang auf die Ausführungen des BDI hinweisen, der am 24.06.2008 erklärte: „Auf jeden Fall müssen gesetzeswidrige Handlungen abgestellt werden, damit sowohl die Beschäftigten als auch das Unternehmen sowie der Standort Deutschland langfristig keinen Schaden nehmen.“ (Anl. 8)

Momentan müssen wir jedenfalls dem ehemaligen Richter am OLG Köln, Herrn Dr. Schneider, Recht geben, der in seiner Festschrift „Der Niedergang des Rechtsstaates“ folgendes Fazit zog: „Und so bleibt am Ende die Erkenntnis: Ein Rechtsstaat, wie er den Verfassern des Grundgesetzes vorgeschwebt hat, den haben wir nicht, und wir entfernen uns ständig weiter von diesem Ideal.“
(siehe <http://www.hu-hessen.de/mr/homepage/justiz/info.php?id=134>)

Die Äußerungen seines Richterkollegen, Herrn Frank Fahsel,
(siehe http://www.stuttgarter-zeitung.de/stz/page/1862051_0_2147_bitterboeser-leserbrief-ex-richter-geht-mit-seiner-zunft-ins-gericht-und-die-schweigt.html)
und
die des Richterkollegen, Herrn Norbert Schlepp,
(siehe unter <http://www.mehr-demokratie.de/ak-justiz.html> den Artikel „Die Abhängigkeit unserer Justiz“) untermauern diese Ansicht.

Wir fragen Sie deshalb:

Entspricht die mit den Unterlagen dokumentierte Vorgehensweise Ihrem Verständnis eines Rechtsstaates wie er durch unsere gültigen Regeln und Gesetze des Zusammenlebens (Grundgesetz etc.) definiert wird?

Wenn nicht – was gedenken Sie dagegen zu tun, damit man als Bürger/Bürgerin Rechtssicherheit erhält? Wir bitten um die Beantwortung dieser und der anderen Fragen.

Vielen Dank im Voraus!

Mit freundlichen Grüßen

gez. Eva – Maria Dietrich Hans Dietrich

P.S.: Der Gütersloher FDP-Bundestagsabgeordnete, Herr Kamp, und der FDP-Kreisvorsitzende, Herr Böwingloh, erhalten eine Kopie ohne Anlagen, da sie bereits vor der Bundestagswahl 2009 im persönlichen Gespräch detailliert informiert wurden und auf Wunsch eine umfassende, stichpunktartige Zusammenstellung erhielten. Eine Antwort blieb allerdings aus. Ob eine gewisse FDP-Nähe zur Firma Miele dabei eine Rolle spielt, das wissen wir nicht.

Außerdem leiten wir diesen Offenen Brief sowohl der örtlichen wie auch der überregionalen Presse zu. Eine Veröffentlichung mit den Anlagen erfolgt ebenso auf unserer Homepage www.hansdietrich.de unter „aktuelles“.

8 Anlagen, wie im Text aufgeführt